

# Nahost- und Mittelmeerpolitik

Almut Möller

Die Schwerpunkte der Nahost- und Mittelmeerpolitik der Europäischen Union waren im Zeitraum von August 2008 bis Juli 2009 erneut der israelisch-palästinensische Konflikt mit der israelischen Militäroffensive im Gazastreifen und die konkrete Ausgestaltung der „Union für das Mittelmeer“. Die Politik der Europäischen Union stand dabei im Kontext der Neuausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik unter Präsident Barack Obama und den Entwicklungen im Iran.

Die Europäische Union engagiert sich in der Nahost- und Mittelmeerregion seit Mitte der 1990er Jahre mit dem Barcelona-Prozess (1995), der 2008 in eine „Union für das Mittelmeer“ umgewandelt wurde, und der südlichen Dimension ihrer Europäischen Nachbarschaftspolitik (2004). Mit diesen Initiativen wollen die EU und ihre Mitgliedstaaten die wirtschaftliche, (sicherheits-)politische und kulturelle Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Mittelmeerraum fördern und mittel- bis langfristig Transformationsprozesse in der Region unterstützen. Seit 2007 werden diese Programme über das „European Neighbourhood and Partnership Instrument“ (ENPI) finanziert, in dem das MEDA-Instrument des Barcelona-Prozesses aufgegangen ist. Die Effektivität dieser Initiativen wird jedoch immer wieder kritisch gesehen. Insgesamt verlaufen die Transformationsprozesse der Länder des Nahen und Mittleren Ostens in Richtung Demokratie und sozialer Marktwirtschaft weiter schleppend.<sup>1</sup> Der jüngste Arab Human Development Report der Vereinten Nationen legt erneut eindringlich Zeugnis über die Transformationsdefizite in der arabischen Welt ab.<sup>2</sup>

Neben Mittelmeerunion und Nachbarschaftspolitik hat die Europäische Union generell ihre Fähigkeiten als außenpolitischer Akteur im Rahmen der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit dem Vertrag von Maastricht Anfang der 1990er Jahre ausgebaut, zuletzt mit dem Vertrag von Lissabon, der nach zahlreichen Verzögerungen in den Ratifizierungsverfahren nun Ende 2009 in Kraft treten soll. Einige Entwicklungen im Hinblick auf den Nahen und Mittleren Osten sind bemerkenswert und deuten auf einen langsamen aber stetigen außenpolitischen Reifungsprozess der Europäischen Union hin. Dieser umfasst etwa die Rolle der Europäischen Union in den Verhandlungen mit dem Iran um dessen Atomprogramm, die Unterstützung des Aufbaus von Wirtschaft, Recht und Sicherheit in den Palästinensergebieten sowie die Beteiligung europäischer Truppen an der nach dem Julikrieg 2006 zwischen Israel und der Hisbollah ausgeweiteten UN-Mission im Libanon. Weitere sicherheitspolitische Bereiche, in denen die EU deutlich aktiver wird, sind die illegale Migration aus dem südlichen Mittelmeerraum sowie die Rolle der Region für die Befriedigung europäischer energiepolitischer Interessen.

Insgesamt ist festzustellen, dass der ursprünglich auf die Förderung von Transformationsprozessen abzielende Ansatz der 1990er Jahre im Windschatten der Osloer Verträge

---

1 Schumacher, Tobias: Naher Osten und Nordafrika, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Bertelsmann Transformation Index 2008. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Gütersloh 2008, S. 136-156.

2 United Nations Development Programme: Arab Human Development Report 2009: Challenges to Human Security in the Arab Countries, New York 2009.

inzwischen einer stärker an Sicherheit und Stabilität orientierten Sicht der Europäischen Union auf den Nahen und Mittleren Osten gewichen ist. Gleichzeitig wächst die Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens als Sphäre europäischer Wirtschaftsinteressen, insbesondere im Wettbewerb mit den USA, China und Indien. So wird auch die Golfregion und hier insbesondere die sechs Staaten des Golfkooperationsrates für die Europäische Union immer wichtiger. Schließlich kann auch die projektbezogene Agenda der neuen Mittelmeerunion mit einer Reihe großer Infrastrukturprojekte in diesen Kontext gesetzt werden.

### **Der Krieg in Gaza: Rückschlag für israelisch-palästinensische Verhandlungen**

Die Aussichten auf eine Fortsetzung des Verhandlungsprozesses zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde standen seit der politischen Spaltung von Westjordanland und Gaza-Streifen im Juni 2007 schlecht. Die israelische Regierung hielt ebenso wie die Europäische Union und die USA an ihrem Boykott der Hamas im Gaza-Streifen fest. Die Europäische Union hatte sich unter deutscher Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 darum bemüht, das Nahost-Quartett wiederzubeleben und so den Weg zu neuen Verhandlungen zwischen der palästinensischen und der israelischen Führung zu ebnen. Im letzten Jahr seiner Amtszeit lud US-Präsident George Bush schließlich zu einer großen Nahost-Konferenz ein, die im November 2007 in Annapolis (Maryland) stattfand. Auf der Basis eines „Joint Understanding“ kehrten die israelische und palästinensische Regierung danach tatsächlich für einige Monate an den Verhandlungstisch zurück. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten unterstützten den Annapolis-Prozess von Beginn an. In Paris fand bereits im Dezember 2007 die seit 1996 größte Geberkonferenz für die Palästinenser statt. Die Europäische Union allein sagte für einen Zeitraum von drei Jahren Zahlungen in Höhe von 440 Millionen Euro zur Wirtschaftsförderung zu. Im Juni 2008 kamen mehr als vierzig Delegationen auf Einladung der deutschen Bundesregierung nach Berlin und beschlossen, für die Stärkung von Sicherheit und Justiz in den palästinensischen Gebieten rund 150 Millionen Euros bereit zu stellen.

Von Anfang an galt das Ziel des Annapolis-Prozesses, noch unter der Regierung Bush ein Friedensabkommen zu unterzeichnen, als ehrgeizig. Über das Jahr 2008 verteilt trafen sich der israelische Premierminister Ehud Olmert und Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas zwar regelmäßig, aber ohne Ergebnisse. Unter dem Druck einer Korruptionsaffäre kündigte Olmert im September 2008 seinen Rücktritt als Regierungschef und Vorsitzender der Kadima-Partei an. In den vorgezogenen Neuwahlen im Februar 2009 konnte sich Kadima unter der neuen Parteichefin, Außenministerin Zippi Livni, nicht durchsetzen. Am 31. März 2009 wurde Benjamin Netanjahu als neuer israelischer Premierminister vereidigt. Neuer Außenminister wurde der umstrittene Avigdor Lieberman von der ultra-nationalen Partei Israel Beitenu.

In der Zwischenzeit war der Annapolis-Verhandlungsprozess jedoch ohnehin gescheitert: Israel und die Hamas konnten sich Ende 2008 nicht auf die Verlängerung eines Waffenstillstands einigen. Beide Seiten provozierten einander: Israel mit punktuellen Einfällen und Aktionen im Gazastreifen, radikale Palästinenserfraktionen aus dem Gazastreifen mit Raketenangriffen auf israelisches Territorium, insbesondere auf die Stadt Sderot. Am 27. Dezember 2008 startete die israelische Armee eine Militäroffensive im Gazastreifen. Drei Wochen lang dauerten die Angriffe aus der Luft, zu Land und zu Wasser. Insgesamt fast 1500 Palästinenser, ein Großteil offenbar Zivilisten, wurde getötet. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International beschuldigte sowohl Israel als auch die Hamas in einem

im Juli 2009 veröffentlichten Bericht, während der Militäroperationen in Gaza Kriegsverbrechen begangen zu haben.<sup>3</sup>

Die Europäische Union wurde vom Krieg in Gaza im Übergang von der französischen zur tschechischen EU-Präsidentschaft überrascht. Zwar zeigte sie schnell und wiederholt Präsenz in der Region – ein wichtiges Signal, während sich in Washington der neue Präsident Barack Obama noch auf seine Vereidigung am 20. Januar 2009 vorbereitete –, doch wurden auch erneut die Probleme europäischer Außenpolitik offen gelegt. Zu viele, zu unkoordiniert, letztlich machtlos, so lautete die Kritik.<sup>4</sup> So waren etwa gleichzeitig zwei europäische Delegationen in der Region unterwegs: Der scheidende EU-Präsident Nicolas Sarkozy mit einem „inoffiziellen“ Team sowie die Kommissarin für Außenbeziehungen Benita Ferrero-Waldner gemeinsam mit dem Hohen Beauftragten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana und den Außenministern Schwedens und der Tschechischen Republik, die im Januar den EU-Vorsitz von Frankreich übernommen hatte. Dabei gelang es der Europäischen Union zunächst, in der Sache nach außen geschlossen aufzutreten. Hinter den Kulissen kam es nach dem Gaza-Krieg zwischen den europäischen Institutionen jedoch zu Meinungsverschiedenheiten. So ließ Kommissarin Ferrero-Waldner im April 2009 verlauten, die Pläne für eine Aufwertung der Zusammenarbeit mit Israel würden weiter auf Eis gelegt, bis die neue israelische Regierung sich eindeutig zu Friedensverhandlungen mit den Palästinensern bekenne. Nach kritischen Reaktionen aus Israel versuchte die tschechische EU-Präsidentschaft daraufhin, den Ton zu entschärfen.<sup>5</sup>

Durch die als unverhältnismäßig eingestufte Offensive im Gazastreifen hat Israel in Europa an Glaubwürdigkeit eingebüßt. So wurde etwa in Brüssel deutlicher als sonst die israelische Siedlungspolitik in den Palästinensergebieten kritisiert. Der EUobserver veröffentlichte im März 2009 einen Berichtsentwurf der Delegation der Europäischen Kommission zu den Siedlungen in Ost-Jerusalem. Darin heißt es: „Long-standing Israeli plans for Jerusalem, now being implemented at an accelerated rate, are undermining prospects for a Palestinian capital in East Jerusalem and a sustainable two- state solution. (...) Israel is, by practical means, actively pursuing the illegal annexation of East Jerusalem.“<sup>6</sup>

Auch die Regierung in Washington weist seit dem Amtsantritt Barack Obamas deutlich auf das Problem der Siedlungen und des Siedlungsneubaus hin. Der Druck auf die Regierung Netanjahu wurde erhöht, die Siedlungspolitik einzufrieren und erneut Verhandlungen ohne Vorbedingungen mit den Palästinensern aufzunehmen. Präsident Obama hat inzwischen in einer breiten regionalen diplomatischen Offensive seinen Willen, den israelisch-palästinensischen und israelisch-arabischen Konflikt beizulegen, untermauert. So hat sich die neue US-Regierung inzwischen auch gegenüber Syrien geöffnet. Die französische EU-Präsidentschaft hatte den syrischen Präsidenten im Juli 2008 zum Gipfel zur Gründung der Mittelmeerunion eingeladen. Mit Obama haben sich die Positionen der Europäischen Union und der USA angenähert. Sollten die diplomatischen Initiativen Washingtons den Weg zu neuen Verhandlungen zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Nachbarländern ebnen, so ist damit zu rechnen, dass die Europäische Union die Bemühungen Washingtons weiter konstruktiv unterstützen wird. Priorität wird für die Europäische Union dabei

---

3 Siehe Pressemeldung und Bericht unter <http://www.amnesty.org/en/news-and-updates/report/impunity-war-crimes-gaza-southern-israel-recipe-further-civilian-suffering-20090702>.

4 Vgl. Honor Mahony: Gaza War Shines Spotlight on EU Foreign Policy, in: EUobserver, 12. Januar 2009.

5 Vgl. Andrew Willis: Israel Threatens to End EU Diplomatic Role, in: EUobserver, 30. April 2009.

6 EU Heads of Mission Report on East Jerusalem, in: EUobserver, 9. März 2009.

weiter der Aufbau eines lebensfähigen palästinensischen Staates haben. Zuletzt kamen aus dem Westjordanland erste positive Nachrichten zur Entwicklung der Wirtschaft<sup>7</sup> – ein Bereich, in dem sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten seit vielen Jahren engagieren. Weitgehend ausgeblendet wird in der Europäischen Union jedoch die entscheidende Frage, wie im Prozess der Staatswerdung Palästinas mit der Hamas in Gaza umgegangen werden soll, die weiterhin von der EU als Terrororganisation eingestuft wird.<sup>8</sup>

### **„Barcelona-Plus“: Die neue Dynamik der Mittelmeerunion lässt auf sich warten**

In optimistischer Grundstimmung Mitte der 1990er Jahre begründet, hatte sich der Barcelona-Prozess zehn Jahre später als eine Enttäuschung erwiesen.<sup>9</sup> Auch die Europäische Nachbarschaftspolitik mit ihrem stärker bilateralen Ansatz über „Nationale Aktionspläne“ konnte diese Bilanz insgesamt nicht sichtbar verbessern, auch wenn die ersten Ergebnisse der ENP länderspezifisch unterschiedlich ausfielen<sup>10</sup>. Barcelona-Prozess und ENP stehen darüber hinaus weiter konzeptionell unausgegoren nebeneinander. Es ist nicht nur unklar, in welchem Verhältnis Barcelona bzw. die darauf aufbauende Mittelmeerunion und die südliche Dimension der ENP zueinander stehen. Analysten bezweifeln auch, ob eine Verknüpfung beider geographischer Räume – die südliche und östliche Dimension – in einem einzigen Ansatz für die ENP überhaupt sinnvoll sei. Hinzu kommt eine zunehmend unterschiedliche Prioritätensetzung unter den EU-Mitgliedstaaten. So haben die südlichen EU-Mitgliedstaaten deutlich stärkeres Interesse am Mittelmeerraum als etwa Deutschland oder diejenigen EU-Mitglieder, die die neue östliche Außengrenze der Europäischen Union bilden.

Deshalb deutete sich zwischenzeitlich auch eine stärkere Differenzierung der europäischen Mittelmeerpolitik an. Staatspräsident Sarkozy hatte seine Idee einer Mittelmeerunion, mit der dem Barcelona-Prozess neuer Schwung verliehen werden sollte, ursprünglich als Projekt differenzierter Integration vorgebracht: Teilnehmen sollten nur die EU-Mitglieder, die an das Mittelmeer grenzen. Dieses Vorhaben wurde jedoch vor allem aufgrund der Intervention der deutschen Regierung gestoppt. Insgesamt war die Ausgestaltung der „Mittelmeerunion“, die Sarkozy auf die Agenda seiner EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 gesetzt hatte<sup>11</sup>, unter den EU-Mitgliedern umstritten. Die französische Präsidentschaft konnte jedoch schließlich eine Einigung herbeiführen. Auf dem von Sarkozy medienwirksam inszenierten Gipfel am 13. Juli 2008 in Paris, zu dem mehr als 40 Staats- und Regierungschefs, darunter auch der syrische Präsident Bashar Asad, anreisten, wurde feierlich die Mittelmeerunion unter dem sperrigen, aber bewusst in Anknüpfung an den Barcelona-Prozess gewählten Titel „Barcelona Prozess: Union für das Mittelmeer“<sup>12</sup>

---

7 Siehe Thomas L. Friedman: Green Shoots in Palestine II, in: New York Times, 9. August 2009.

8 Vgl. dazu Almut Möller: After Gaza: A New Approach To Hamas, AIES Fokus 2/2009.

9 Vgl. Felix Neugart: Nahost- und Mittelmeerpolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2006, Nomos 2006, S. 279-282, hier S. 282.

10 Vgl. Europäische Kommission: Begleittext zur Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament betreffend die Verstärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik: Gesamtbewertung, KOM(2006) 726 endg., 4. Dezember 2006.

11 Siehe Französische EU-Ratspräsidentschaft: Ein Europa das handelt, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden. Arbeitsprogramm. 1. Juli-31. Dezember 2008, S. 28, [http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/Programme\\_DE.pdf](http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/Programme_DE.pdf).

12 Vgl. Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean, Paris, 13 July 2008 ([www.eu2008.fr/.../Joint\\_declaration\\_of\\_the\\_Paris\\_summit\\_for\\_the\\_Mediterranean-EN.pdf](http://www.eu2008.fr/.../Joint_declaration_of_the_Paris_summit_for_the_Mediterranean-EN.pdf)); siehe auch die Vorlage der Europäischen Kommission: Communication from the European Commission to the European Parliament and the Council. Barcelona Process: Union for the Mediterranean, COM(2008) 319 (final).

gegründet. Sie umfasst die 27 EU-Mitglieder, die Europäische Kommission sowie Albanien, Algerien, Ägypten, Bosnien-Herzegowina, Israel, Jordanien, Kroatien, den Libanon, Libyen<sup>13</sup>, Mauretanien, Marokko, Monaco, Montenegro, die besetzten Palästinensergebiete, Syrien, Tunesien und die Türkei, insgesamt also 45 Mitglieder. Die Arabische Liga hat einen Beobachterstatus. Der Mittelmeerunion stehen jeweils gemeinsam ein EU-Mitglied und ein Partnerland vor. Den ersten Vorsitz haben Sarkozy und der ägyptische Präsident Hosni Mubarak übernommen. Im Mittelpunkt der Union steht eine Zusammenarbeit in konkreten Projekten in den Bereichen Schutz des Mittelmeers, Verkehrsnetze zu Land und zu Wasser, Umweltschutz und regenerative Energien, Bildung und Forschung sowie die Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen. Die Staats- und Regierungschefs treffen sich alle zwei Jahre, die Außenminister jährlich, um laufende Projekte zu bewerten und neue zu initiieren. Dabei werden sie von einem Sekretariat und einem ständigen Ausschuss unterstützt.

Während die europäische außenpolitische Aufmerksamkeit im Sommer 2008 unerwartet auf den Georgien-Konflikt gelenkt worden war, wurden in den darauf folgenden Monaten die institutionellen Details der Mittelmeerunion diskutiert und von den Außenministern unter der Leitung von Frankreichs Außenminister Bernard Kouchner und Ägyptens Ahmed Aboul Gheit am 3./4. November 2008 in Marseille beschlossen.<sup>14</sup> Die Beschlüsse von Marseille wurden auf dem EU-Gipfel am 11./12. Dezember 2008 schließlich von den EU-Staats- und Regierungschefs angenommen.<sup>15</sup> Damit wurde 2008 ein neuer Impuls in der europäischen Mittelmeerpolitik gesetzt. Es ist dabei zu begrüßen, dass die Europäische Union die „Baustelle Mittelmeerpolitik“ angegangen ist. Es wird sich allerdings noch erweisen müssen, ob das französische Prestigeprojekt über schöne Gipfel-Bilder hinaus auch Resultate vorweisen kann.<sup>16</sup> Seit den Dezemberbeschlüssen ist bis heute jedenfalls wenig von einem neuen Schwung zu spüren. Einer der Gründe hierfür war sicherlich der Krieg in Gaza Ende 2008. Unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind aber inzwischen auch wieder unterschiedliche geographische Prioritäten deutlich geworden: Die auf die französische folgende tschechische EU-Präsidentschaft lud ein knappes Jahr nach dem Pariser Mittelmeerunions-Gipfel am 7. Mai 2009 zum „Ost-Gipfel“ nach Prag, wo eine neue „östliche Partnerschaft“ mit sechs ehemaligen Sowjetrepubliken begründet wurde. Eine Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, darunter die „Mittelmeeraanraier“ Silvio Berlusconi und José Luis Rodríguez Zapatero, fehlten beim Ostgipfel – wie auch der französische Architekt der Mittelmeerunion, Sarkozy.

### **Transatlantische Zusammenarbeit in Nahost mit Barack Obama**

Das vergangene Jahr stand in transatlantischer Perspektive im Zeichen eines Neuanfangs. Die Nahostpolitik der Regierung Bush insbesondere im Irak hatte in den vorangegangenen Jahren zu erheblichen Verwerfungen innerhalb der Europäischen Union – erinnert sei an

---

13 Wie schon im Barcelona-Prozess nimmt Libyen eine beobachtende Rolle ein. Es blieb auch dem Pariser Gipfel zur Gründung der Mittelmeerunion fern.

14 Siehe das Abschlussdokument des Ministertreffens: Partenariat EUROMED: Final Declaration, Marseille, 3-4. November 2008, 279/08, 4. November 2008.

15 Siehe die Beschlüsse zur Institutionalisierung des Rates der EU: Tagung des Europäischen Rates vom 11./12. Dezember in Brüssel, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 17271/08, CONCL 5, 12. Dezember 2008.

16 Siehe etwa den Beitrag von Daniela Schwarzer/Isabelle Werenfels: Formelkompromiss ums Mittelmeer. Die EU verpasst die Chance, die Kooperation grundlegend zu überarbeiten, SWP-Aktuell 24, Berlin 2008.

den deutsch-französischen Schulterschluss und den „Brief der Acht“ – und zwischen Europa und den USA geführt. Der US-Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2008 wurde deshalb in Europa mit besonders großem Interesse verfolgt. Zwischenzeitlich wurden fast verklärte Hoffnungen auf eine neue Ära amerikanischer Außenpolitik im Nahen Osten gesetzt.<sup>17</sup> Seit seinem Amtsantritt im Januar 2008 hat sich Präsident Barack Obama in seiner Nahostpolitik tatsächlich deutlich von seinem Vorgänger abgesetzt.<sup>18</sup> Obama hat einen Plan für den Abzug der US-Truppen aus dem Irak bis 2010 vorgelegt, mit dem im Sommer 2009 begonnen wurde. Darüber hinaus schickte er wiederholt seine Außenministerin Hillary Clinton und seinen Sonderbeauftragten George Mitchell in die Region. Der Druck auf die Regierung Netanjahu in der Frage der Siedlungspolitik wurde spürbar erhöht. Inzwischen haben auch hochrangige Besuche in Damaskus stattgefunden – die neue US-Administration setzt auf einen regionalen Ansatz im israelisch-arabischen Konflikt. Obama selbst hat in Kairo eine viel kommentierte Rede gehalten, in der er einen Neuanfang mit der muslimischen Welt angekündigt hat<sup>19</sup>. An das iranische Volk wendete sich Präsident Obama mit einer Fernsehansprache zum iranischen Neujahrsfest mit einer ähnlichen Botschaft. Die Positionen der Europäischen Union und der USA in Fragen des Nahen und Mittleren Ostens scheinen sich somit wieder deutlich anzunähern. Es bleibt abzuwarten, wie sich die transatlantische Zusammenarbeit entwickelt, wenn und sofern es „zur Sache“ geht. Eine sinnvolle Aufgabenverteilung zwischen Europa und den USA wäre wünschenswert.

### **Die Entwicklungen im Iran um das Atomprogramm und die Präsidentschaftswahlen**

Die Entwicklungen im Iran haben in den vergangenen Jahren deutlich Spuren am Golf und in der gesamten Region hinterlassen. Die Auseinandersetzungen über das iranische Atomprogramm zwischen dem Iran und der internationalen Gemeinschaft dauerten auch im vergangenen Jahr an. Weiterhin ist unklar, ob der Iran sein Nuklearprogramm tatsächlich nur zivil nutzen will und in welchem Maße Teheran wirklich mit der internationalen Gemeinschaft kooperiert. Die Vereinten Nationen haben seit August 2006 fünf Resolutionen zum iranischen Nuklearprogramm verabschiedet. Diese greifen die Forderungen der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) nach einer Aussetzung der Anreicherung auf und machen sie völkerrechtlich verbindlich. Außerdem beschloss der Sicherheitsrat Sanktionen, die unter anderem die Lieferung von Waren, Technologien und Know-how, die das Atomprogramm fördern, verbietet, Auslandskonten von am Atomprogramm beteiligten natürlichen und juristischen Personen einfriert sowie zu Wachsamkeit bei Waffenverkäufen an den Iran aufruft. Die Europäische Union beschloss daraufhin, keine Waffen mehr an den Iran zu liefern.<sup>20</sup>

Die Europäische Union hatte in den Verhandlungen um das Atomprogramm von Anfang an auf eine Verhandlungslösung gesetzt. Im Format der EU-3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien mit Unterstützung des EU-Außenbeauftragten Javier

---

17 Möller, Almut: We believe in Change. Europe, the Middle East, and the Future of Transatlantic Cooperation, in: AICGS Advisor, Washington DC, May 2008.

18 Vgl. Möller, Almut: Perspectives of Israeli-Arab Peace Under the New U.S. Administration, in: ORIENT II/ 2009, S. 47-55.

19 Die Rede ist in deutscher Übersetzung einsehbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/503/471047/text>.

20 Siehe dazu die Seiten des Auswärtigen Amtes unter <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abruestung/IranNukes/Iranisches-Nuklearprogramm.html>.

Solana) sowie später der EU-3+3 (EU-3 plus die übrigen Mitglieder des Sicherheitsrates China, Russland und die USA) haben die Europäer wichtige Akzente in Verhandlungen mit dem Iran gesetzt, sind aber bis jetzt gescheitert. Die Europäische Union fordert von Teheran eine völlige Transparenz hinsichtlich seines Nuklearprogramms. Die zivile Nutzung der Kernenergie solle dem Iran ermöglicht werden, allerdings unter Beobachtung der internationalen Gemeinschaft. Der Iran zeigt sich jedoch bis jetzt nicht willens, der IAEO systematisch und regelmäßig Einblicke in sein Programm zu gewähren. Es ist den Europäern aber immerhin gelungen, einen Verhandlungskanal mit dem Iran zu etablieren und aufrecht zu erhalten. Ende Juli 2008 wiesen die EU-Außenminister noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass ein Militärschlag gegen den Iran – anders als für die USA – keine Option für die Europäische Union sei.<sup>21</sup>

Verkompliziert hat sich die Lage durch die Unruhen im Zuge der iranischen Präsidentschaftswahlen im Juni 2009. Die Oppositionsbewegung warf Präsident Mahmoud Ahmadinedjad vor, die Wahlen gefälscht zu haben und seine Amtszeit unrechtmäßig fortzusetzen. Über Wochen brach sich der Unmut der Opposition in Kundgebungen, Demonstrationen, Gebeten und in Internetforen Bahn, die das Regime mit Gewalt niederschlagen versuchte, aber bis zum Sommer 2009 nicht stoppen konnte. Westlichen Botschaften und Medien warf Präsident Ahmadinedjad vor, hinter den Protesten zu stehen und ließ Mitarbeiter der britischen Botschaft und andere Europäer verhaften. Die Europäische Union verurteilte die Reaktion des Regimes auf die Demonstrationen und forderte darüber hinaus geschlossen eine Freilassung der Inhaftierten. Die Politik der Europäischen Union gegenüber dem Iran kommt dabei derzeit einem Balanceakt gleich: Einerseits kritisieren die Europäer die Politik des Regimes gegenüber der Oppositionsbewegung scharf, andererseits bemühen sie sich, den Kommunikationskanal mit Teheran, den sie über Jahre etabliert haben, offen zu halten. Die Entscheidung der Mehrzahl der europäischen Botschafter in Teheran, der Amtseinführung von Präsident Ahmadinedjad beizuwohnen, rief indes Kritik an der Haltung der Europäischen Union hervor.<sup>22</sup> Die Europäische Union scheint aber an ihrem Doppelkurs – einerseits Sanktionen, andererseits Offenheit für Gespräche – festzuhalten.

### **Europäische Perspektiven in Nahost**

Die Nahost- und Mittelmeerpolitik bleibt ein zentrales Feld der Außenpolitik der Europäischen Union. Mit dem Bekenntnis zu einem Neuanlauf für die Zwei-Staaten-Lösung nach dem Krieg in Gaza unter Präsident Obama und dem Vorhaben zur Dynamisierung der euro-mediterranen Beziehungen durch die Mittelmeerunion haben die Europäer die Bedeutung der Nachbarregion für ihre außenpolitische Agenda erneut unterstrichen. Ob diese Initiativen von Erfolg gekrönt sein werden, hängt von vielen Faktoren ab.

In Israel und Palästina stehen die Zeichen für einen regionalen Friedensschluss derzeit nicht so schlecht. Die Europäische Union kann die neue US-Administration dabei in vielerlei Hinsicht unterstützen: Etwa mit einer Fortführung der wirtschaftlichen, polizeilichen und rechtlichen Hilfe für die Staatswerdung Palästinas, mit ihren Kontakten zu Syrien oder auch dem – wenn auch durch die Unruhen nach den Präsidentschaftswahlen belasteten – Kommunikationskanal nach Teheran.

---

21 Vgl. Military Strike not an option on Iran, EU ministers say, in: EUobserver, 23. Juli 2008.

22 Vgl. Andrew Rettman: EU Ambassadors Stand by Iran Leader, in: EUobserver, 6. August 2009.

Was das Projekt der Mittelmeerunion angeht, so hat die neue Dynamik bisher auf sich warten lassen. Immerhin ist es aber gelungen, angesichts der Probleme der „alten“ europäischen Mittelmeerpolitik neue Bewegung in die Debatte um die Gestaltung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren Nachbarn im Mittelmeer anzustoßen. Der von der EU unterstrichene Ansatz einer „projektbezogenen“ Zusammenarbeit deutet darauf hin, dass die ursprünglich normative Agenda eines politischen und wirtschaftlichen Wandels durch den Barcelona-Prozess in den Hintergrund tritt. Pragmatismus scheint das Gebot der Stunde. Inhaltlich stehen damit in Zukunft wohl weniger politische Reformen auf der Nahost-Agenda der EU als vielmehr eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit im Bereich von Energie-, Infrastruktur- und Bildungsprojekten. Die bisher politischen Veränderungen gegenüber weitestgehend resistenten Führungen in der Region könnten sich hier kooperationswilliger zeigen. Und die Europäische Union wird sich die Frage gefallen lassen müssen, welchen Stellenwert Demokratie und Menschenrechte in ihrer Außenpolitik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten in Zukunft einnehmen werden. Derzeit scheint das Pendel eher in Richtung Wirtschaft und Stabilisierung zu schwingen.

Was die Europäische Union mit ihrer euro-mediterranen Politik intensiver als bisher führen sollte ist eine strategische Debatte zur Nachbarregion Nahost. Die Entwicklungen im Iran und ihre regionalen und internationalen Auswirkungen, die weiterhin schwierige Lage im Irak und die Destabilisierung weiterer Staaten und Gebiete – wie der Jemen und Gaza –, der Umgang mit überall an Boden gewinnenden Kräften des (zum Teil radikalen) politischen Islam, der Nahe und Mittlere Osten als Energielieferant, die Zukunft illegaler Migration angesichts wachsender junger Bevölkerungsanteile mit fehlender Perspektive, mögliche politische Veränderungen in Ägypten mit dem absehbaren Ende der Ära Hosni Mubarak, die neuen Außengrenzen der Europäischen Union mit dem Irak, dem Iran und Syrien, wenn die Türkei schließlich der Europäischen Union beitrifft: all diese Fragen erfordern Antworten der Europäischen Union, die über eine pragmatische Politik hinaus gehen.

### **Weiterführende Literatur**

Aliboni, Roberto u.a.: Putting the Mediterranean Union in Perspective, EuroMeSCo Paper 68, Juni 2008.

Hanelt, Christian-Peter/Möller, Almut (Hrsg.): Bound to Cooperate: Europe and the Middle East II, Gütersloh 2008.

Hertog, Steffen: EU-GCC Relations in the Era of the Second Oil Boom, C·A·P Working Paper, Dezember 2007.